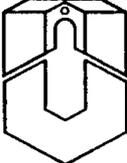


IMIS

Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien

IMIS-BEITRÄGE

Heft 3 / 1996

UNIVERSITÄT  OSNABRÜCK

IMIS-BEITRÄGE

Heft 3, Juli 1996

Herausgegeben vom
Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)
der Universität Osnabrück

Redaktionsanschrift:
IMIS / FB 2
Universität Osnabrück
D – 49069 Osnabrück
Tel.: (+49) 0541/969-4384
Fax: (+49) 0541/969-4380

ISSN 0949-4723

Die IMIS-BEITRÄGE enthalten Projektergebnisse und
Informationen des Instituts sowie Vorträge am Institut.

Das Graduiertenkolleg
der Deutschen Forschungsgemeinschaft
>Migration im modernen Europa<
am Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)
der Universität Osnabrück

Ansprachen zur feierlichen Eröffnung
in der Aula des Schlosses zu Osnabrück
am 9.11.1995
und Informationen zum Kolleg

Inhalt

Vorwort des Institutsvorstandes	3
Ansprachen zur Eröffnung	5
Prof. Dr. Rainer Künzel, Grußwort.....	5
Prof. Dr. Eberhard Eichenhofer, Grußwort	7
Prof. Dr. Alfred Grosser, Festvortrag: Identitäten – ein Zentralproblem in Europa heute.....	11
Informationen zum Graduiertenkolleg	31
Ziele, Leitperspektiven und Struktur	31
Die Stipendiaten und ihre Themen.....	40
Die Lehrenden am Graduiertenkolleg.....	41

Prof. Dr. Rainer Künzel

Präsident der Universität Osnabrück

Die kritische Analyse gesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Probleme nimmt innerhalb des Forschungsspektrums an der Universität Osnabrück einen breiten Raum ein und gilt hier als fester Bestandteil des wissenschaftlichen Selbstverständnisses zahlreicher Kolleginnen und Kollegen. Eindrucksvolles Beispiel für eine sehr erfolgreiche Arbeit auf diesem Gebiet ist das 1991 gegründete Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), das sich interdisziplinär und interfakultativ mit den Problemen Migration, Integration und Minderheiten in Geschichte und Gegenwart auseinandersetzt.

Angesichts der sich dramatisch verknappenden finanziellen Ressourcen und der daraus resultierenden gravierenden Konsequenzen für Lehre und Forschung an den deutschen Universitäten ist es um so erfreulicher, daß wir heute das Graduiertenkolleg »Migration im modernen Europa« am IMIS offiziell eröffnen können. Es bietet zwölf hochqualifizierten Studienabsolventen die Möglichkeit, mit einem zweijährigen Doktorandenstipendium im Rahmen eines systematisch angelegten, spezifischen Studienprogramms ihre Promotion vorzubereiten und dabei – ohne sonstige Verpflichtung gegenüber der Universität – in einem umfassenden interdisziplinären Forschungszusammenhang zu arbeiten. Es ist neben den beiden naturwissenschaftlichen Graduiertenkollegs an den Fachbereichen Biologie / Chemie und Physik und dem geisteswissenschaftlichen Kolleg »Kulturgeschichte der Frühen Neuzeit« das nunmehr vierte, das an unserer Hochschule seine Arbeit aufnimmt. Die Lebens- und Konkurrenzfähigkeit einer Universität ist ganz entscheidend bestimmt von der Intensität und Qualität ihrer Nachwuchsförderung. Deshalb ist die Entscheidung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, dem Antrag zur Einrichtung dieses Kollegs stattzugeben, auch für die Universität Osnabrück insgesamt von außerordentlicher Bedeutung.

Die von der Forschungsgemeinschaft vor fünf Jahren eingerichteten Graduiertenkollegs haben sich mittlerweile zu einem wirkungsvollen Instrument der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses entwickelt. Wir alle wissen, daß sich die finanziellen Mittel auch der DFG insbesondere aufgrund ihrer immensen Förderungsaufgaben in den neuen Bundesländern – was den Förderungsanteil westdeutscher Hochschulen angeht – erheblich reduziert haben. Entsprechend härter gestaltet sich der Kampf um diese Ressourcen, entsprechend schärfer fallen die Beurteilungskriterien aus. Das Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück kann daher die Entscheidung der DFG, das neue Kolleg zusammen mit dem Land Niedersachsen hier einzurichten, mit Stolz und Genugtuung aufnehmen. Denn dies ist nicht nur Ausdruck der Qualität seiner geleisteten Forschungsarbeit, der gefestigten und sich erweiternden wissenschaftlichen Strukturen, sondern auch ein beeindruckender Beleg für die internationale Anerkennung, die sich die im Institut engagierten Kolleginnen und Kollegen erworben haben.

Das wird bei dieser feierlichen Eröffnung auch deutlich durch die Anwesenheit Alfred Grossers. Herr Professor Grosser ist eine der großen, um den europäischen Gedanken und die deutsch-französische Freundschaft verdienten Persönlichkeiten unserer Epoche. Sehr geehrter Herr Grosser, es ist uns eine Ehre, Sie heute bei uns zu sehen!

Ich wünsche dem neuen Graduiertenkolleg allen denkbaren Erfolg!

Prof. Dr. Eberhard Eichenhofer

Sprecher des Graduiertenkollegs

Als meine Kollegen und ich im Wintersemester 1992/93 über die Beantragung eines Graduiertenkollegs »Migration im modernen Europa« bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft nachdachten, hofften wir zwar, daß diesem Antrag entsprochen werde; wir konnten uns dessen aber keineswegs sicher sein.

Zwar besteht seit 1991 an unserer Universität das »Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS)«. Es erforscht das Wanderungsgeschehen und das Wanderungsverhalten sowie die Folgen von Migration aus dem Blickwinkel unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen. Aber auch ein renommiertes Institut allein verbürgt noch nicht den Erfolg eines Antrags auf Errichtung eines Graduiertenkollegs. Ein solches Kolleg bedeutet freilich – umgekehrt – eine unschätzbare Bereicherung für ein Universitätsinstitut, weil es die Möglichkeiten zu interdisziplinärer wissenschaftlicher Forschung beträchtlich erweitert.

Namens aller am Kolleg Lehrenden sowie des Vorstandes von IMIS danke ich deshalb der Deutschen Forschungsgemeinschaft, dem Lande Niedersachsen sowie Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, stellvertretend für die gesamte Universität dafür, daß die genannten Institutionen uns die Errichtung dieses Graduiertenkolleges »Migration im modernen Europa« ermöglichten.

Unser Dank gilt auch Ihnen, liebe Kollegiaten! Sie haben sich an unserer Universität um ein Stipendium beworben. Es soll Ihnen die Abfassung einer Doktorarbeit auf dem Gebiet der Migrationsforschung ermöglichen. Als Lehrende verstehen wir es als unsere vornehme Pflicht und Aufgabe, Ihnen dabei zur Seite zu stehen. Als Kollegiaten werden Sie sich in den nächsten Jahren mit folgenden Themen befassen:

- Lage russischsprachiger Minderheiten in Estland und Lettland;

- Rechtsfragen der sozialen Sicherheit der Wanderarbeitnehmer in der Europäischen Union;
- Stellung der de facto-Staatenlosen – Sinti und Roma – in Deutschland;
- Ethnische Differenzierung innerhalb der türkischen Gemeinschaft in Deutschland;
- Integration schwarzafrikanischer Akademiker in Frankreich und Deutschland;
- Jugend und Ethnizität in einer europäischen Großstadt;
- Einbürgerung von Arbeitsmigranten beiderlei Geschlechts;
- Migration aus Zentralasien nach Deutschland und in die Russische Föderation im Vergleich;
- Migration und Bürokratie;
- Partnerwahl bei jungen Türken in Deutschland;
- Die Auswanderungsoption deutscher Juden zwischen 1933 und 1941;
- Weibliche Adoleszenz von Migrantenkindern.

Wenn es Ihnen gelänge, auf diese Forschungsfragen tragfähige und weiterführende Antworten zu finden, so würden Sie damit nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Analyse von Wanderungsgeschehen und Wanderungsverhalten einerseits und der mit Migration, Integration und interkultureller Begegnung andererseits verbundenen Probleme leisten. Sie würden also nicht nur dem Auftrag des IMIS nachkommen. Sie würden darüber hinaus im wahrsten Sinne aufklärend wirken in einer Gesellschaft, deren Gestalt, Institutionen und Lebenserscheinungen ohne die Migration nicht erklärt werden können.

Es ist ein Zufall, daß diese Eröffnungsveranstaltung an einem 9. November stattfindet. Donnerstag, das ist der Tag, der dem Graduiertenkolleg gewidmet ist. Und daß wir dieses Kolleg etwa vier Wochen nach Semesterbeginn eröffnen wollten, erklärt sich daraus, daß während dieser Zeit die Universität zwar ihren Semesterrhythmus gefunden hat, aber die Aufbruchstimmung des Semesterbeginns noch gegenwärtig ist. So wollte es der Zufall, daß dieses Kolleg an diesem für die deutsche, ja europäische Geschichte denkwürdigen Tag eröffnet wird.

Wir alle verbinden mit dem 9. November zunächst die Erinnerung an den Fall der Berliner Mauer und damit die Überwindung der deutschen Teilung, ja der Teilung Europas. Daß dieser 9. November 1989 ein wahrlich historischer Tag geworden ist, dem wird auch Alfred Grosser sicher zustimmen. Denn er leitete seine vor zwei Jahren unter dem Titel »Mein Deutschland« erschienene Autobiographie mit einer Erinnerung an den 9. November 1989 ein. Wie hat sich seit diesem Tage die Welt verändert? Denn es sind Grenzen gefallen, die die Bewegungen von Menschen, Gütern und Ideen zuvor hinderten. Was bedeutet es für Europa, daß diese Grenzen nun passierbar sind und in Zukunft noch durchlässiger werden? Sind wir auf die daraus resultierenden weiteren Migrationsbewegungen geistig und praktisch vorbereitet?

Der 9. November erinnert auch an das Jahr 1938. Heute vormittag wurde an diesem Schloß, in dem wir heute das neue Graduiertenkolleg feierlich eröffnen, eine von den Mitgliedern dieser Universität gestiftete Tafel enthüllt, die der Opfer des nazistischen Terrors gedenkt, die in jenem Seitenflügel des Schlosses, der damals die Geheime Staatspolizei beherbergte, gelitten haben. Dieser Tag erfüllt uns Deutsche mit Scham. Denn er führt uns vor Augen, daß eine Gesellschaft diesen Namen nur verdient, wenn sie ein friedliches und auf wechselseitige Achtung und Anerkennung beruhendes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religion, Überzeugung, ethnischer und sozialer Herkunft anstrebt und gewährleistet.

Der 9. November erinnert schließlich an das Jahr 1918. Das Ende des Ersten Weltkrieges markiert zwar nicht das Ende des letzten, so doch des opferreichsten Krieges zwischen Deutschland und Frankreich. Dieser Tag steht in

meinen Augen freilich nicht entscheidend für den Sieg Frankreichs über Deutschland. Er steht vielmehr für die Tragik deutscher Geschichte – den fehlenden Sinn für Realitäten. Hermann Hesse formulierte dieses Fehlen im Dezember 1918 mit folgenden Worten: »Heute sind wir nicht Sieger. Unsere Rolle ist eine andere. Und ob es uns weiter in der Welt zu leben und zu gedeihen glückt, das hängt einzig und allein davon ab, wie weit wir unsere Rolle erkennen, wie weit wir ernst und bereit genug sind, die Folgen unserer Lage auf uns zu nehmen«. Dies scheint mir die Tragik der deutschen Geschichte zu sein, daß wir Deutschen unsere Lage am 9. November 1918 nicht auf uns genommen haben, weshalb es einen 9. November 1938 gab, der die Teilung Deutschlands und Europas nach sich zog, und über 40 Jahre vergehen mußten, bis jener 9. November 1989 kommen konnte.

»Die eigene Rolle erkennen und ihre Folgen auf sich nehmen« – dies könnte das Leitmotiv für unser Graduiertenkolleg werden. Diesen Anforderungen können wir jedoch aus eigener Kraft nur unvollkommen genügen. Dafür benötigen wir dringend fremder Hilfe. Von großer, ja unermesslicher Bedeutung sind dabei Menschen, die das Schicksal eines Migranten erfahren und erlitten haben und die dieses Schicksal sowohl intellektuell als auch lebenspraktisch zu bewältigen vermochten – kurz, Menschen wie Alfred Grosser. Als Knabe aus Deutschland vertrieben, wurde er nach dem Zweiten Weltkrieg zum Vorkämpfer deutsch-französischer Aussöhnung, zum Mittler zwischen Deutschland und Frankreich und zu einem mitunter kritischen, aber stets solidarischen Wegbegleiter der deutschen Nachkriegsdemokratie.

Die eigene Rolle erkennen und ihre Folgen auf sich nehmen, heißt nachdenken über »Identitäten – ein Zentralproblem in Europa heute«. Und deshalb möchte ich Sie, hochverehrter Alfred Grosser, nun bitten, zu uns zu sprechen.

Identitäten – ein Zentralproblem in Europa heute

Von Prof. Dr. Alfred Grosser

In der Vorstellung fehlte mir eine meiner Tätigkeiten: ehrenamtlicher PR-Mann von Klaus Bade. Dieses Amt habe ich jetzt seit mehreren Jahren ausgeübt, ich hoffe mit Erfolg. Und unter den verschiedenen 9. Novembern, die eben erwähnt wurden, fehlt mir der 9. November 1923: Am 20. April wurde man Mitglied der Hitlerjugend, am 9. November, dem Tag des Putsches von München, wurde man Mitglied der SS und bekam den Gürtel wo draufstand: »Meine Ehre heißt Treue«. Diese »Treue« als »Ehre« ist eines der Verhängnisse der Identitätsproblematik. Meine Ehre heißt freies Denken. Ich werde versuchen anzudeuten, was ich damit meine.

Ich lebe mit Fragen, mit denen hoffentlich jeder von Ihnen lebt. Sie lauten: Wer bin ich? Wer sind wir? Wer, was ist eigentlich das »Wir«? Wer sagt, was die anderen sind? Wer sind die, die sagen, was ich sei? Oder – schon ein Bibelzitat: Wer sagt Ihr, daß ich sei?

Mit diesen Fragen sind wir bei einer ersten Definition der Identität. Identität ist zu oft der Finger, der auf einen zeigt. Ich möchte dies an zwei Beispielen erläutern.

Was sind Identitäten?

Im Januar letzten Jahres war ich in Singapur. Ich sprach dort nicht nur an der Universität, sondern auch am deutschen Gymnasium und diskutierte mit den Primanern über das Problem der deutschen Nation. Eine Siebzehnjährige sagte mir voller Bitterkeit: »Darf ich hoffen, wenn ich mal Mutter werde und meine Tochter siebzehn ist, daß sie dann nicht mehr Argwohn und Anklage im Blick des Gesprächspartners treffen wird, wenn sie sagt, sie sei Deutsche?« Diesen Finger, der auf einen zeigt, haben viele Deutsche nach dem Krieg auf sich gerichtet gesehen. Und sie erfahren dies auch heute noch oft – in den Niederlan-

den zum Beispiel. Sie sollten sich dann aber nicht auf das reduzieren, worauf der Finger zeigt.

Ein zweites Beispiel: Mein Vater war Arzt, Kinderarzt, Direktor einer Kinderklinik. Er war aber auch Deutscher, Freimaurer, SPD-Wähler. Und er war auch Jude. Hitlers Finger wollte ihm die jüdische als ausschließliche Identität aufzwingen. Es gibt jedoch keine Pflicht der Erben, sich von diesem Finger ihre vordringliche Identität oktroyieren zu lassen. Die Tatsache, daß eine Gruppe als Gruppe verfolgt wurde, zwingt nicht jedes Mitglied, in dieser Eigenschaft zu denken und zu handeln.

Das erleben wir heute in Ex-Jugoslawien. Es muß dort als katastrophale Entwicklung begriffen werden, daß Menschen mit Zustimmung von Großbritannien, Frankreich, Rußland und Amerika gezwungen werden, sich ihre bzw. die ihnen zugeschriebene ethnische Identität als eigene Identität anzueignen. Man ist eben Kroat oder man ist Serbe, obwohl man in Sarajewo und andernorts zusammenlebte, untereinander heiratete, gemeinsam Kinder bekam – und nicht fragte, ob man Serbe oder Kroat sei. Und jedesmal, wenn sich dieser Finger erhebt, steht die ethnische Säuberung vor der Tür.

Es gibt eine neue Definition des Territoriums: Territorium ist nicht mehr – wie herkömmlich bei uns in Frankreich – die Republik, in der es verschiedene Arten von Menschen gibt. Das Territorium entspricht heute einer Ethnie. Daher erscheint es als völlig normal, alle als Fremde zu bezeichnen, die dieser Ethnie nicht angehören. Wieder ist es der Finger, der die Menschen dazu zwingt, sich als etwas Bestimmtes zu betrachten.

Es gibt auch eine andere Form des Fingers. Ich denke an jenen Finger, mit dem auf Sie oder auf mich gezeigt wird, um zu sagen: »Du gehörst mir! Du gehörst uns!« Das macht zum Beispiel ständig die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Du sollst dich als Sudetendeutscher definieren, weil deine Eltern oder Großeltern im Sudetenland gelebt haben! Priorität der Identität soll »Sudetendeutscher« sein. Und das sagt jemand, der 1959 in der Bundesrepublik geboren wurde und nun Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen ist.

Das ist freilich nicht eine auf Vertriebenenverbände beschränkte Haltung. Das gleiche sagen auch Gewerkschaften oder Bauernverbände. Zum Beispiel sagt Herr von Heereman – ein ganz armer, kleiner Bauer – den deutschen Bauern: Ihr seid vor allem Landwirte! Dabei verstecken sich die Reichen hinter den Armen. Wenn mir in Frankreich die Lehrgewerkschaften sagen: Du bist ein Lehrender! – man sagt nicht mehr Professor, *un enseignant* – so ist das eine einzige Mogelei. Was gibt es Gemeinsames zwischen meinem Privileg eines Universitätsprofessors, der ruhige Studenten und nicht zu viele Arbeitspflichten hat, mit einem Aushilfslehrer, der nicht weiß, wo er nächstes Jahr angestellt sein wird oder der in seiner Klasse in einer Vorortgemeinde mit einem Revolver oder Messer bedroht wird? Und wenn es dann heißt »wir« – die Lehrenden –, dann ist auch dies wieder ein Verstecken der Reichen hinter den Armen, der Privilegierten hinter den weniger Privilegierten – die Aufforderung, die Identität auf etwas zu reduzieren, das Vor- oder Nachteile verbirgt und andere Zugehörigkeiten zurückstellt.

Deshalb möchte ich im folgenden einige Worte zu meiner eigenen Identität sagen. Es soll Ihnen zeigen, daß man eben viele Identitäten hat.

Ich bin Mann und nicht Frau. Das bietet mir heute noch in der französischen und in der deutschen Gesellschaft unverdiente Vorteile: So gibt es eine Rollenverteilung unter den Geschlechtern von der Schule an. So wurden die meisten unter Ihnen – sogar die Frauen selbst – von Freud beeinflusst, der sagt, die Frau sei eben minderwertig, weil sie keinen Penis habe. Ich ziehe vor zu sagen: Mein Ehrgeiz und mein Drang nach Tätigkeit lassen sich dadurch erklären, daß ich keine Kinder auf die Welt bringen kann. Das ist ebenso wichtig und erklärt ebensoviel oder ebensowenig.

Ich bin Beamter, also kann ich nicht arbeitslos werden. Der französische und der deutsche Beamte haben mehr Gemeinsames als Trennendes; ebenso der deutsche und der französische Arbeitslose, die das Los teilen, ihre Arbeit verloren und keine andere bekommen zu haben.

Ich bin Pariser. Der französische Staat gibt mir für meine private Kultur neunmal mehr, als wenn ich in der Provinz leben würde. Übrigens, ich bin auch

Radfahrer, hasse also die Autofahrer. Fahre ich aber Auto, so hasse ich die Radfahrer. Das ist die gespaltene Identität.

Und, außerdem, ich bin Franzose. Hier möchte ich einen Moment innehalten. Wieso bin ich Franzose? Ich bin mit acht Jahren nach Frankreich gekommen und bin glücklicherweise durch die Art, wie Frankreich Zuwanderer aufnimmt, wirklich zum Franzosen geworden – mit der positiven und der negativen Konsequenz dieser Zugehörigkeit. Das Positive ist die Offenheit, mit der die Franzosen Zuwanderern gegenüber treten. Das habe ich in meinen Büchern oft erzählt. Das Negative ist die französische Selbstüberschätzung.

In diesem Kontext zitiere ich immer einen Satz von de Gaulle, daß »unsere Ziele, weil sie französisch sind, im Interesse aller Menschen sind.« Ja, Sie lachen. Mein französisches Publikum lacht aber nicht. Dann sage ich, nein, ich habe mich geirrt. Stellen wir uns vor, gestern abend hätte Helmut Kohl gesagt, daß »unsere Interessen, weil sie deutsche sind, im Interesse aller Menschheit sind« – wie furchtbar! Und als ein französischer Astronaut mit den Russen gen Himmel fuhr, lautete die Schlagzeile in *Le Figaro*: »Von zwei sowjetischen Astronauten begleitet ...« Nun, das drückt die negative Seite der Selbsteinschätzung aus. Die positive Seite, das bin ich.

Als ich mich zum ersten Mal dabei ertappte, bei einer Vorlesung zu sagen: »Wir haben 1914 ...«, da meinte ich natürlich die *französischen* Soldaten. Mein Vater war vier Jahre lang deutscher Stabsoffizier an der Front gegen Frankreich. Aber wenn ich eine historische Tragödie herausstellen soll, dann ist es der Vendée-Krieg oder die Hugenotten-Bekämpfung durch Ludwig XIV. und nicht der Dreißigjährige Krieg in Deutschland, auch wenn er hier in Osnabrück sein Ende gefunden hat.

Ich glaube, man sieht, wie Erziehung das Gedächtnis beeinflussen kann. Das ist das Wesentliche. Voltaire schrieb in seinem *Dictionnaire Philosophique* unter dem Wort »Identität« – das war damals in Frankreich noch ein neues Wort – das sei wie »*mêmeté*« = derselbe sein: »*l'identité suppose une mémoire*« – die Identität braucht ein Gedächtnis.

Damit sind wir an einem sehr wichtigen Punkt unserer Problematik angelangt: Was ist das sogenannte kollektive Gedächtnis? Es existiert nicht. Es ist eine große Lüge, die in Frankreich besonders weit verbreitet ist. Ich kann mich erinnern – gut oder schlecht. Ich kann zum Beispiel falsche Tatsachen in Erinnerung haben, solche, die es nie gegeben hat. Ich kann aus meinem persönlich Erlebten ganz Verschiedenes machen, Positives oder auch Negatives. Aber ein Kollektivgedächtnis gibt es nicht – ich kann mich nicht erinnern, was 1914 geschehen ist; denn ich war damals noch nicht geboren. Sie, meine Zuhörer, können sich überwiegend nicht erinnern, was 1945 geschehen ist.

Identität und Erinnerung

Die kollektive Erinnerung ist etwas, was übermittelt, was anerzogen wurde durch Familie, Schule, Medien. Und deswegen ist es so wichtig zu wissen, wie Medien, Schule, Familie die Identität mitgestalten. Die Identität ist nicht angeboren, sie wird anerzogen und übermittelt. Das macht einen wesentlichen Unterschied.

Ich durfte einmal einen französischen Erzbischof im Fernsehen befragen. Ich stellte ihm eine aus meiner Sicht sehr kluge Frage, die er allerdings dumm fand. Gezeigt wurde ein Film über seine Biographie und Karriere. Er war in einer katholischen Familie im Baskenland aufgewachsen, kam in die katholische Grundschule, dann ins Priesterseminar, wurde danach Priester und schließlich Bischof – alles ganz einfach, ein konsequenter katholischer Lebenslauf. Ich fragte: »Haben Sie nie bedacht, daß Sie, wenn sie 500 km entfernt geboren wären, womöglich Protestant, 1.500 km entfernt womöglich Moslem und 6.000 km von Ihrem Geburtsort entfernt womöglich Hindu wären?« Er antwortete, er verstehe den Sinn der Frage nicht. Aber für mich ist Identität ohne Distanzierung ein Zeichen von Unfreiheit.

Das Grundproblem der Erziehung, der schöpferischen Beeinflussung läßt sich für mich auf eine kurze Frage reduzieren: Wie kann ich befreien, ohne zu entwurzeln? Befreien ohne zu entwurzeln, heißt zu allen eigenen Zugehörigkeiten eine kritische Distanz einzunehmen. Es heißt aber nicht, die eigenen Zuge-

hörigkeiten abubrechen, um im luftleeren Raum zu stehen, wie dies 1968 in Frankreich und hier von vielen gepredigt wurde.

Man steht nie außerhalb der Gesellschaft. Die Gesellschaft ist dann vielleicht gespalten, aber man steht immer *in* der Gesellschaft. Und wenn man alle Bande bricht, ist man nutzlos in der Gesellschaft. Aber man braucht Distanz zur eigenen Gesellschaft, und sei es nur, um andere zu verstehen. Deswegen ist es so wichtig, *wie* man erzogen wird.

Ich gebe nur ein Beispiel: Wir haben in Frankreich heute die Diskussion über den Schleier islamischer Mädchen in der Schule. Ich sage: Bitte laßt sie mit dem Schleier zur Schule gehen – sofern es nicht jenen enormen Druck von außen gibt, wenn z.B. extreme Islamisten versuchen, islamische Mädchen ohne Schleier einzuschüchtern; denn sonst kommen die Mädchen in islamische Schulen, wo ihnen nur diese eine Identität auferlegt wird.

Das gilt übrigens, jedenfalls in Frankreich, auch für die hebräischen Schulen, jedoch nicht mehr für die katholischen Privatschulen. Glücklicherweise hat sich die katholische Privatschule, bei uns jedenfalls, völlig verändert – unsere öffentlichen Schulen sind weder katholisch noch evangelisch, und eine Diskussion über ein Kruzifix könnte bei uns gar nicht stattfinden. Unsere katholischen Privatschulen *font une proposition de foi*, schlagen also den Schülern den Katholizismus nur als Option vor. Es gibt Tausende von islamischen, evangelischen und atheistischen Schülern in katholischen Privatschulen. Das ist ein enormer Fortschritt in Richtung auf eine gemeinsamen Gesellschaft.

Ich erzähle gerne eine kleine jüdische Geschichte, um zu verdeutlichen, was sich hinter »friedfertig« und »friedensstiftend« verbirgt: Zwei Brüder laufen nebeneinander. Der erste fragt den zweiten: »Liebst du mich?« – »Natürlich liebe ich dich.« – »Weißt du, was mich leiden macht?« – »Woher wüßte ich, was dich leiden macht?« – »Wieso kannst du sagen, daß du mich liebst, wenn du nicht weißt, was mich leiden macht?«

Dasselbe haben wir zwischen Frankreich und Deutschland nach 1945 zu praktizieren versucht. Bei den ersten Begegnungen war es notwendig, daß die jungen und die weniger jungen Deutschen genau wußten, was im Namen Deutschlands geschehen war. Aber der junge Franzose sollte seinerseits darüber aufgeklärt werden, was Bomben auf Hamburg und Dresden anrichteten und wie enorm noch bis 1948 die Leiden der Vertriebenen aus dem Osten waren.

Nach der 1989 erschienenen Erstausgabe meines Buches »Verbrechen in der Erinnerung«, als es noch kein Blut in Jugoslawien gab, bekam ich zwei Briefe bzw. Kritiken, über die mich sehr geärgert habe: Eine stammte von einem katholischen kroatischen, die andere von einem orthodoxen serbischen Priester. Beide Priester warfen mir vor, nicht genügend von den Verbrechen der jeweils anderen Seite gesprochen zu haben. Ich antwortete beiden sehr heftig: »Besonders wenn Sie wähnen, Christen zu sein, ist es *Ihre* Aufgabe, *Ihrer* Gemeinschaft zu sagen, welche Verbrechen in *Ihrem* Namen gegen die andere Gemeinschaft begangen wurden.« Und weil das eben in Jugoslawien *nie* gesagt worden ist, konnte sich der Haß total entfalten.

Welcher Katholik sagt nicht: Ich muß Rushdie verteidigen, denn es kam ein Todesurteil aus Teheran? Das finde ich sehr gut. Nur sollte jeder Katholik daran denken, daß Voltaire vergeblich versucht hat, den armen Chevalier de la Barre zu verteidigen, der grausam hingerichtet wurde, weil er vor einer Prozession den Hut nicht gelüftet hatte. Warum sage ich das? Nicht um zu sagen, wie böse die katholische Kirche gewesen sei: Die katholische Kirche war zum Beispiel im 13. Jahrhundert zugleich die Kirche des heiligen Franz von Assisi *und* des Massenmordes an den sogenannten Ketzern – ganz so wie der Islam heute zugleich ein Islam der Intoleranz *und* ein Islam der Toleranz ist. Ich sage es, um daran zu erinnern, daß es nicht *eine* katholische Kultur gegeben hat, sondern zwei: die Kultur der Grausamkeit und die der Bruderliebe.

Was hindert einen daran zu erkennen, daß es nicht nur eine islamische Kultur gibt? Warum soll der Islam insgesamt abzulehnen sein, weil aus Teheran ein Mordbefehl kommt? Ihr Bundespräsident hat das in seiner Rede für Annemarie Schimmel hervorragend zum Ausdruck gebracht. Sein Wort war hier wesentlich – in einem anderen Sinn, aber mit gleicher Zielsicherheit wie sein schlichtes,

bedeutungsvolles Auftreten am Eingang des Lagers Auschwitz-Birkenau zum 50. Jahrestag der Befreiung der wenigen Überlebenden. Dieser Bundespräsident hat in Deutschland auch positive Identitäten festgelegt. Aber nicht nur er.

Für mich gibt es 1995 in diesem Zusammenhang auch zwei große Reden Ihres Verteidigungsministers Volker Rühe: Die erste wurde in Berlin am 5. Januar 1995 gehalten. Dort sprach Rühe zur Einweihung der ersten Bundeswehrekaserne – bisher durfte die Bundeswehr ja nicht in Berlin sein. Am 5. Januar 1995 wurde die Julius-Leber-Kaserne von ihm getauft. Ich erinnere daran, daß Volker Rühe in der CDU ist und Julius Leber ein sozialistischer Widerstandskämpfer war, der 1933 von der SA niedergeprügelt und Anfang 1945 hingerichtet wurde. Er war nebenbei auch der geistige Vater von Willy Brandt. Dessen ungeachtet sagte Rühe in seiner Rede: »Julius Leber verkörpert das, worauf die Bundeswehr zu fußen hat – nicht die Nation, sondern den Kampf für die Freiheit.«

Am 9. Oktober 1995 sprach Rühe in Erfurt zum Festakt »40 Jahre Bundeswehr, 5 Jahre Armee der Einheit«. Er sagte dabei: »Junge Soldaten aus Thüringen dienen in Rheinland-Pfalz, Wehrpflichtige aus Niedersachsen in Mecklenburg-Vorpommern. Sie alle stehen für unsere demokratische Verfassung ein und übernehmen Mitverantwortung für Freiheit und Menschenwürde anderer.« Der letztgenannte Punkt ist ein Wunschbild. Denn bis jetzt dürfen nur Franzosen in Bosnien Freiheit und Menschenwürde verteidigen, Deutsche dagegen noch nicht. Sie übernehmen noch keine Mitverantwortung für weniger Sterben in Bosnien. Aber ich glaube, hier steht die Grundidee der Bundesrepublik als Modell für Europa. Bedenken sollte man dabei, daß die Bundesrepublik nicht als Nation geboren wurde, sondern als eine freie demokratische Grundordnung in der Ablehnung des Totalitarismus der Vergangenheit und der östlichen Nachbarschaft. Bitte bleiben Sie hier Vorbild für Europa und überhören Sie, was Ihnen die kleine Minderheit der kleinen Berliner FDP zuruft!

Ich erinnere mich an ein Bild von Roman Herzog. Das ist hier in Deutschland nicht genügend gezeigt worden, auch nicht in Frankreich. Der Bundespräsident – bescheiden, einfach, schweigsam, nur begleitet von dem jüdischen Deutschen Ignatz Bubis – kommt am Tor des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz-

Birkenau an. Dort wird er empfangen von Jean Kahn, Präsident der jüdischen Gemeinden Frankreichs und Koordinator der europäischen jüdischen Gemeinden. Ich wage zu sagen, er wird brüderlich empfangen. Die Bedeutung eines solchen Bildes kann nicht überschätzt werden. Das verdeutlicht positive Vergangenheitsbewältigung. Man denkt an das, was im Namen der nationalen Identität geschehen ist. Und man gestaltet damit positive Zukunft. – Und dieses Beispielhafte, das doppelt Beispielhafte in Deutschland 1995, das sollten wir nicht vergessen, wenn ich im folgenden so viel Negatives über die deutsche Identität zu sagen habe.

Republikanische Identitäten: Deutschland, Frankreich, Europa

Was ist eigentlich ein Deutscher? Jedenfalls etwas ganz anderes als ein Franzose. Der Deutsche ist noch völkisch definiert, wie man das vor 1945 genannt hätte. In Frankreich dagegen ist der Staatsbürger bürgerlich definiert, nicht im Sinne von Bürger gegen Arbeiter, sondern im Sinne des Bürgers verstanden als *civis*. Richard von Weizsäcker sprach am 5. März 1995 in Oldenburg zur Woche der Brüderlichkeit. Er sprach über ein Thema, das Klaus Bade nicht unbekannt ist: das alte Staatsangehörigkeitsrecht aus dem Jahr 1913. Gewiß sind in den letzten Jahren einige positive Veränderungen eingetreten. Aber Weizsäcker hatte doch völlig recht, als er sagte: »Es gehen die meisten Schwierigkeiten unserer Tage auf diese rechtliche Antiquität zurück: die nach wie vor viel zu engen Grenzen der Einbürgerung, die oft geradezu grotesk wirkende Angst vor der doppelten Staatsbürgerschaft und das völkisch verengte Abstammungsrecht.«

Gewiß gibt es in Frankreich Verschlechterungen, aber das Grundprinzip der Nation als Summe ihrer Bürger, woher sie auch stammen mögen, ist erhalten geblieben. Ich möchte nur ein Beispiel nennen: Ein Franzose bekam vor ein paar Jahren den Nobelpreis für Physik. Er war als polnischer Jude oder als jüdischer Pole geboren worden. In Frankreich war er Franzose, nicht nur, weil er einen Nobelpreis bekommen hatte. Aber im *Spiegel* hieß es: »...der in Frankreich lebende polnische Jude«. Einmal Türke, immer Türke!

Das kenne ich auch persönlich. Ich habe unlängst einen TV-Journalisten unterbrochen, der ein Interview mit mir mit der Vorstellung begann: »Alfred Grosser, geboren in Frankfurt, lebt in Frankreich...« – Ich unterbrach ihn und sagte: »Ich lebe nicht in Frankreich, ich bin Franzose! Wenn ich jetzt in Deutschland leben würde, wäre ich immer noch Franzose!« Das konnte er einfach nicht fassen.

Darin, glaube ich, kommt etwas sehr Ernstzunehmendes zum Ausdruck. Wenn also jetzt ein polnischer Jude, jüdischer Pole an die französische Grenze kommt, wird ihm gesagt: Du darfst frei wählen, du wirst Nobelpreisträger für Physik, Generalsekretär der kommunistischen Gewerkschaft oder Erzbischof von Paris. Ich bin gar nicht so sicher, ob Jean Marie Lustiger so leicht in München oder in Köln Erzbischof werden könnte.

Allerdings ist ihm in Israel jetzt etwas widerfahren, das auch eine furchtbare Verzerrung der Identität ist: Der Großrabbiner sagte, er dürfe nicht nach Israel. Denn die Tatsache, daß er zum Christentum übergetreten ist, sei etwas, wie die Vernichtung des jüdischen Volkes, etwas, das man mit Auschwitz vergleichen müsse. Das erinnert mich an deutsche Bischöfe, die Abtreibung und Auschwitz auf dieselbe Stufe stellen.

Ich glaube, die zuvor angesprochenen Beispiele verdeutlichen eine der Schwächen auf deutscher Seite. Ich könnte davon noch lange sprechen. Aber auch in Frankreich verschlechtert sich momentan die Lage. Es wird schwieriger, die Staatsbürgerschaft zu erwerben, aber wir bleiben bei unseren Grundlinien. Seit 1993 darf jeder, der glaubt, sein Vor- oder Nachname oder beides behindere seine Integration, frei Vornamen, Namen oder auch beide ändern. Von dieser Möglichkeit wird jedoch nicht hinreichend Gebrauch gemacht. Produzenten von Fernsehsendungen haben bei uns keine Probleme mit ihrem arabischen Namen, wohl aber die Nichtprominenten; vor allem, weil wir gegenwärtig eine Regierung haben, die leider viel dazu beiträgt, alle zu verunsichern, die nicht Franzosen von Geburt sind.

Aber ich glaube, es gibt noch eine zweite deutsche Problematik, die heute viel aktueller ist: die »deutsche Einheit«, die es tatsächlich noch nicht gibt. Wenn ich über die deutsche Nation befragt werde, so antworte ich immer: »Was das

ist, weiß ich nicht.« Ich bin oft in Ostdeutschland. Dort ist es wirklich schwer, den Eindruck zu gewinnen, es gäbe nur eine vereinte deutsche Nation. Warum? Der Anfang war zwar hervorragend, wegen Artikel 23 des Grundgesetzes. Er und nicht Artikel 146 bestimmte den Weg zur deutschen Einheit.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine Bemerkung zu einem furchtbaren deutschen Wort. Es heißt »Westbindung«. Es ist gleichzeitig eine Vokabel der alten linken Linken und einer neuen rechten Rechten. Beide tun so, als wäre die Bundesrepublik gewissermaßen an den Westen angebunden, angefesselt gewesen – mit dem Aufatmen nach dem Umbruch im Osten: »Nun dürfen wir uns auch losbinden!« In Wirklichkeit gab es vor 1990 ein freies Deutschland in einem freien Europa, und ein unfreies Deutschland in einem unfreien Europa. Und am Tag, als das unfreie Europa frei wurde, wollte es zu dem organisierten und strukturierten Europa der Freiheit stoßen, das zufällig im Westen lag. Aber man wollte nicht zum Westen. Man wollte vielmehr zur Freiheit, und zwar zur organisierten Freiheit. So spricht man heute auch in Warschau, Prag oder Budapest.

Und das betrifft den Artikel 23 des Grundgesetzes, der dann 1990 abgeschafft wurde, weil es nichts mehr zu vereinigen gab, weil die Einheit vollendet war – und 1992 neu entstand als Artikel, der es der Bundesrepublik erlaubt, Hoheitsrechte auf die Europäische Union zu übertragen. Die Einheit erscheint hier als die Verkörperung der Möglichkeit, Deutschland in einem höheren Maß in Europa zu integrieren. Welch ein wunderbares Symbol dafür, daß es so etwas wie ein Europa gibt, von dessen Identität ich später noch eingehender sprechen werde.

Dessen ungeachtet erinnere ich an ein kleines Plakat, das ich in Ostberlin im März 1990 gesehen habe. Es lautete: »23: Kein Anschluß unter dieser Nummer!« Natürlich ist die deutsche Einheit teilweise auch ein Anschluß gewesen. Nur zwei kleine Bemerkungen seien mir dazu gestattet.

Lassen Sie uns sehen, ob Sie gute deutsche Bürger sind: Sie haben natürlich den Text des Einigungsvertrages gelesen. Er hat nur fünf- bis sechshundert Seiten. Und da haben Sie natürlich den Paragraphen über die orthopädischen Schuhe

gesehen. Da heißt es: »Ab 1. Juli 1991 werden die orthopädischen Schuhe in Ostdeutschland nicht mehr voll erstattet.« Seitdem frage ich: Was hätte es die reiche Bundesrepublik gekostet zu sagen: »Ab 1. Juli 1991 werden auch in Westdeutschland die orthopädischen Schuhe erstattet?« Die Regelung kam aber aus dem Osten, und deshalb war sie schlecht. Unter dieser Haltung leiden heute noch Millionen Menschen im östlichen Teil Deutschlands.

Am schlimmsten war für mich, weil es auch Identitäten betraf, wie das Bundesverfassungsgericht zu Paragraph 218 Strafgesetzbuch entschied. Das Urteil bringt eine unverhohlene Verachtung gegenüber Frauen zum Ausdruck; denn es hat nur die Freiheit des werdenden Lebens im Blick und nie die Freiheit der Frau, wie zum Beispiel das amerikanische Oberste Gericht. Es sagt letztlich: Liebe Frauen, ihr bekommt ein Verbot der Abtreibung und zugleich wird Euch alles weggenommen, was die Mütter in der DDR schon hatten! Ich glaube, das zeigt, wie wenig Gedanken man sich gemacht hat: War die Identität der Frau eine andere in diesem und in jenem Teil Deutschlands? Ist davon im Westen etwas zu lernen oder nicht? Wie setzt man sich damit auseinander? – Gar nicht.

Ich kann an der Wiedervereinigung auch nicht verstehen, daß die Ostdeutschen vor der Einheit keine Kirchensteuer zahlen mußten und jetzt als Zeichen ihrer wiedergewonnenen Freiheit wieder Kirchensteuer bezahlen müssen. Ist die Kirchensteuer ein Zeichen der wiedergewonnenen Freiheit? Das können Sie zum Beispiel keinem Franzosen erklären. Vor allen Dingen, weil etwas anderes hinzukommt – nämlich die Illusion der beiden Kirchen in Westdeutschland, daß man in Ostdeutschland mehrheitlich christlich sei. Jedoch sagen beinahe 70 Prozent der Bürger im Osten, sie seien konfessionslos. Aber die Identität als Verkörperung des Christlichen ist, meine ich, etwas ganz anderes.

Eine entscheidende Frage in diesem Zusammenhang lautet: Was ist dieses Europa, in das die einzelnen Völker eintreten? In der französischen Verfassung von 1946 – die als Charta der Grundrechte noch heute gültig ist – steht nicht, daß der Sieg 1945 über Nationen oder Völker davongetragen wurde, sondern »über Regime, die versucht haben, die Menschen zu versklaven und zu entwürdigen«.

Das Transnationale ist zuerst eine Bewertung des Kampfes für die Freiheit. Das vertreten ein Franzose, ein Deutscher, ein Italiener: Henri Frenay, Chef der großen Widerstandsbewegung »Combat«, Eugen Kogon, der aus Buchenwald kam, und Altiero Spinelli, der aus Mussolinis Gefängnissen kam, gründeten die ersten europäischen Bewegungen. Das ist das Europa! Und als sich dann für dieses Europa die Frage stellte, ob es Spanien, Portugal und Griechenland aufnehmen sollte, da geschah dies nicht aus Gründen der Wirtschaftspolitik. Die drei Länder sagten uns Europäern: Bis 1974/75 waren wir Diktaturen. Seitdem sind wir junge Demokratien. Laßt uns herein, um unsere Demokratien zu stärken! Das ist Europa.

Seit 1990 kommt aus Budapest, Prag und Warschau dieselbe Frage: Wir sind dabei, Demokratien zu werden – laßt uns bitte herein! *Nicht* im Namen der Wirtschaft – die gehört zwar auch dazu und hat enorme Schwierigkeiten – nein: im Namen der Demokratie! Die Antwort ist äußerst schwierig. Wesentlich aber ist, daß es, seit wir ein gemeinschaftliches Europa haben, viele Inhalte von Europa gibt, von denen niemand etwas weiß, weil niemand davon spricht. Die Hälfte aller Gesetze, die in Paris oder in Bonn verabschiedet werden, sind nicht deutsche oder französische Gesetze: Sie kommen letztlich vielmehr aus Brüssel. Sie setzen in französisches oder deutsches Recht nur um, was in Brüssel von verschiedenen Instanzen entschieden wurde.

Jetzt gibt es einen neuen Begriff, über den hier sehr eingehend gesprochen wird – den Begriff der Subsidiarität. Gut, ich kenne auch die katholische Lehre. Ich weiß auch, was der Föderalismus für Deutschland bedeutet. Ich habe aber eine eigene Definition, die ich gegen die Definition der Juristen stellen möchte: Subsidiär ist, was ich bei dir weghaben will und was du behalten willst; nicht subsidiär ist, was du bei mir weghaben willst und was ich behalten will. So funktioniert das! Ein Beispiel: Das böse Brüssel will das Fernsehen beeinflussen. Fernsehen – subsidiär? Hoheitsrechte der Länder! Drei Wochen später: Danke Brüssel – es hat verhindert, daß die heilige Dreieinigkeit Bertelsmann, Telekom und Kirch die alleinige Macht im Privatfernsehen in Deutschland erlangt. Da freut sich jedermann. So geht das ständig. In Wirklichkeit ist dieses Europa schon sehr weit vorangekommen.

Was heißt Kultur? Ich weiß es nicht. In einem großen Kulturmagazin, das Sie vielleicht manchmal auch lesen, nämlich dem *Stern*, habe ich einige sehr interessante Fragen gelesen. Die erste Frage lautete: »Was gehört für Sie zur Kultur? Wer ist kultiviert?« – Beethoven: 90 Prozent; Mozart: 90 Prozent und so fort; Fernsehen: 8 Prozent. Die nächste Frage lautete: »Was tun Sie in Ihrer Freizeit?« – Fernsehen: 70 Prozent. Deswegen habe ich als Definition von Kultur vorzuschlagen: Kultur ist etwas, dessen Praxis man anderen anvertraut.

Identitäten, Kulturen, Grundwerte: Freiheit und Menschenwürde

Ich glaube, um ernst zu werden, daß wir zwei Definitionen des Wortes Kultur unterscheiden müssen: Die erste Definition ist die des Schöngestigen. Sie hilft aber wenig; denn man kann nur haben, was man kennengelernt hat. Wenn Yehudi Menuhin, den ich sehr verehere, vor Jahren mit seiner Schwester in einem Londoner Arbeiterviertel eine Musikschule gründete, in der Leute, die noch nie Mozart gehört haben, ihre Liebe zu Mozart entdeckten, so ist dies Kultur.

Und deswegen soll aus unseren Schulen diese Kultur nicht entfernt werden in dem Sinne: Ich habe Söhne, die Rock sehr lieben, ich tanze ja auch gern Rock – aber ich höre nicht gerne, daß man als Kultur etwas empfindet, was man nicht versteht, was die Ohren kaputt macht und was man händewackelnd beschreit. Ich glaube trotzdem, daß es sehr viel gibt, das gemeinsame Kultur verkörpert. Aber damit soll man nicht in Europa beginnen. Jean Monnet hat glücklicherweise nie gesagt, was man ihm heute nachsagt: »Wenn ich es gewußt hätte, hätte ich mit der Kultur begonnen« – denn dann hätte es keinen Anfang gegeben. Bitte vergessen Sie nicht: Menschen, die dieselbe Musik liebten, haben sich zwischen 1914 und 1918 und ab 1939 totgeschossen.

Die andere Definition der Kultur lautet: Kultur ist, was man von einer Gruppe überliefert bekommen hat. Und da wird es momentan sehr gefährlich, weil man neue Kulturen entdeckt oder erfindet. Ich denke an die Occitanie. Das ist eine Gegend Frankreichs, die es politisch nie gab, und die dann neu erfunden wurde. Einer der großen Männer dieser Occitanie hat ganz freimütig gesagt: »Der

Beweis, wie entfremdet ich bisher war durch die erfahrene Erziehung, zeigt sich daran, daß ich nicht wußte, daß es so etwas gab.« Das können Sie nicht widerlegen. Und das finden wir heute im Europa der Regionen. Ich kann zum Beispiel keinen Studenten mehr nach Barcelona schicken, wenn er nicht Katalanisch sprechen kann. Es wird dort an der Universität nicht mehr oder so gut wie nicht mehr in spanischer Sprache unterrichtet. Oder: Wenn Sie Beamter für die Europäische Kommission in Brüssel werden – wehe Ihnen, wenn Sie in einem Vorort von Brüssel wohnen müssen. Denn dann haben Ihre Kinder als alleinige Unterrichtssprache flämisch zu sprechen.

Ich freue mich, daß bei der Volksabstimmung in Quebec das Nein zur Ablösung Quebecs von Kanada siegte. Denn was die Vertreter des Ja vorbereitet hatten, war die Diktatur der französischen Sprache, vergleichbar der Diktatur der flämischen Sprache im flandrischen Teil Belgiens. Hier ragt wieder unser Thema Identität hinein. Denken Sie an den Lehrer, *l'instituteur*, er ist der eigentliche Held der französischen Republik. Der Lehrer hat die Kultur über Frankreich verbreitet. Heute ist er für einige Bretonen oder viele Korsen der Sklave des Pariser Kolonialismus, der die Menschen von den regionalen Kulturen entfremdete. Wenn es aber diese Kulturen als Hauptidentität gibt, warum können Neuankömmlinge innerhalb der Bürgerschaft nicht erst einmal ihre eigene Identität behalten, die sie beispielsweise zuvor im Islam hatten?

Wenn Frankreich in diesem Sinne unter verschiedene Kulturen aufgeteilt würde, nicht im Sinne der Werte, so stellt sich die Frage: Was ist dann multikulturell in diesem Sinne? Hier habe ich einen Streit mit meinem Freund Daniel Cohn-Bendit, einem der wenigen von 1968, der inzwischen die pluralistische Demokratie lernte *und* seinen menschlichen Idealen treu geblieben ist, der für mich aber zu multikulturell denkt. Was heißt das? Ich glaube, es gibt etwas viel Wesentlicheres, das sind eben die Grundwerte in unseren Gemeinschaften.

Ich nehme ein Beispiel: Ein Mann, den ich sehr schätze und liebe, heißt Kofi Yamgnane. Er ist ganz schwarz, kommt aus Togo, ist Breton und Bürgermeister einer kleinen Stadt in der Bretagne. Gleichzeitig ist er auch *Membre du Conseil Général*. Er war Staatssekretär für Integration in der letzten sozialistischen Regierung, die wir in Frankreich hatten. Er predigte *l'intégration*

république. Was heißt das? Das ist in Deutschland schwer zu erklären. Denn es gibt Wörter, die man nicht übersetzen kann.

Zum Beispiel kann ich in Frankreich das deutsche Wort »die Wirtschaft« nicht übersetzen. Das Wort gibt es im Französischen nicht. Denn *l'économie* hat einen ganz anderen Sinn. Nicht denselben untergebenen, anbetenden Ton, den die deutsche Presse offenbart, wenn sie formuliert: »Die Wirtschaft will nicht, daß...« Genauso kann ich nicht *la République* auf deutsch übersetzen; denn den sentimental-ethischen Beigeschmack, den dieser Begriff in Frankreich hat, besitzt er in Deutschland gerade nicht. Sonst könnte sich die anti-republikanische Partei nicht die »Republikaner« nennen. *L'intégration républicaine* heißt: Jeder behält natürlich seine Wurzeln. Es geht nie um Entwurzelung. Aber es geht um gemeinsame Grundwerte.

Das folgende Beispiel mag das Gemeinte erklären. Als ich in Singapur war, sprach ich zu den Soziologie- und Politologiestudenten unter Aufsicht des Dekans. Ich sage nicht unter Vorsitz, sondern unter Aufsicht des Dekans. Als ich fertig war, sagte der Dekan: Ja, ich hätte wunderbar plädiert für die europäischen Werte; glücklicherweise gebe es aber auch asiatische Werte. Daraufhin habe ich ihn sehr unwirsch unterbrochen und ihm gesagt: Bitte, die Freiheit des Denkens und des Sprechens der Studenten ist ein weltweiter Wert und weder ein europäischer noch ein asiatischer. Die Studenten waren nett genug, mich zu beklatschen – gegen den Dekan.

Es gibt eine ganze Reihe von Grundwerten, die universell sind – und zwar nicht etwa, weil sie in Europa erfunden und von dort weltweit verbreitet worden wären. Die Toleranz des Islams ist jahrhundertlang zehnmal größer gewesen als die Toleranz des Christentums. Aber weil es eben die Grundwerte sind, die uns verbinden und unsere menschliche Identität prägen, möchte ich zum Schluß einige Ausführungen über diese Werte machen.

Zuerst einmal ist darauf hinzuweisen, daß wir uns in einer unwahrscheinlich günstigen Lage befinden; denn zum ersten Mal gibt es eine gewisse Gemeinsamkeit der Werte. Es gibt auch kaum noch Marxisten-Leninisten. Was ist ein Marxist-Leninist? Jemand, der glaubt oder tut, als glaube er, man könne den

Menschen nur Freiheit geben, wenn man zuvor mit Gewalt ihre Köpfe befreit habe. Und dann haben sich die Kirchen verändert, und die katholische brauchte das noch mehr als die evangelische. Die Kirchen haben sich beinahe vollständig zum Christentum bekehrt. Das war bitter nötig. Trotzdem kann noch nicht alles als geglückt gelten. Ich nehme nur ein, zwei Beispiele aus der katholischen Kirche, weil ich dort mehr zu Hause bin als im Bereich der evangelischen:

Die Kirche hatte bis vor kurzem eine sehr merkwürdige Deutung der Parabel vom Samariter. »Wem hast du dich als Nächster erwiesen?« Die Antwort war: »Der Katholik ist mir eher Nächster als der Nicht-Katholik.« Und deswegen hieß es endlich 1975 – und das haben die Bischöfe glücklicherweise 1995 zum 8. Mai wiederholt: »Wir sind das Land, dessen jüngste politische Geschichte von dem Versuch verfinstert ist, das jüdische Volk systematisch auszurotten. Wir waren in dieser Zeit des Nationalsozialismus trotz beispielhaften Verhaltens einzelner Personen und Gruppen diejenigen, die dem Schicksal des verfolgten jüdischen Volkes den Rücken kehrten, deren Blicke sich zu stark von der Bedrohung ihrer eigenen Institution fixieren ließen und die zu den an Juden und Judentum verübten Verbrechen geschwiegen haben«. Das ist ein vernünftiges, klares Bekenntnis von 1975, das 1995 richtigerweise wiederholt wurde.

Aber 1946 schrieb Kardinal Faulhaber in einem Hirtenbrief: »Die Juden sind grausam in Auschwitz vergast worden.« Mit dieser Bemerkung war ich einverstanden. Dann hieß es aber weiter: »Sogar zum Christentum bekehrte Juden sind mit vergast worden.« In diesem »sogar« taucht wieder einmal die Idee auf: Ein Mensch gleicht nicht einem Menschen. Und das wird teilweise auch heute noch so gesehen. Ich kenne einen deutschen katholischen Bischof, der dem widerspricht – er heißt Franz Kamphaus. Ich bin allerdings nicht ganz sicher, ob das für alle gilt.

Wenn ich die Diskussion um das Kruzifix betrachte, so möchte ich sicher sein, daß alle, die zum Beispiel in München zum Protest gegen das Urteil versammelt waren, ebenso wie für die Erhaltung des Kruzifixes auch für die Asylsuchenden eintreten; denn es heißt im Evangelium und bereits im Alten Testament, daß der Fremde das Antlitz Christi oder Gottes trägt. Wenn ich sage, ich möchte sicher sein, so bin ich freilich des Gegenteils sicher. Ich befürchte eben, daß viele

Demonstranten für ein Kruzifix fechten, zugleich aber die Botschaften des Christentums den Fremden gegenüber verkennen.

Dennoch glaube ich, daß hier klar gesagt werden muß, wie nahe wir wichtigen Grundwerten stehen. Wir, das sind die Männer und Frauen, die wie ich aus der atheistischen humanistischen Aufklärung kommen, und die *neuen* Christen. Warum sage ich »die neuen Christen«? Weil sich das Christentum eben glücklicherweise verändert hat. Vor allem hat sich die katholische Kirche verändert. Wenn Sie – was ich hoffe – Händels »Messias« lieben, dann wissen Sie, daß das Mittelstück, das große Stück im Messias, nicht mehr das Halleluja ist, nicht mehr die Verherrlichung, der mächtige Gott, die mächtige Kirche. Es ist vielmehr der ergreifende Gesang der Altstimme: »*he was despised*« – »er wurde verachtet«. Es ist der Text des Vierten Lieds des Gottesknechts aus dem Propheten Jesaja. Der zum leidenden Menschen gewordene Gott steht heute im Mittelpunkt des Christentums. Lassen Sie bitte bei Johannes Paul II. die Verhütungsprobleme beiseite und lesen Sie die großen sozialen Enzykliken, lesen Sie die großen Texte der Ökumene auf der evangelischen Seite – stets geht es um den leidenden Menschen. Und dazu kommt das Erbe der Aufklärung.

Wir, die Söhne von Nathan, können dasselbe sagen. Das gilt auch für die Hinwendung zum Osten; denn hier ist etwas Wesentliches, das nicht verkannt werden sollte: Wir identifizieren uns in den Augen vieler Menschen im Osten – im Osten Deutschlands wie in China (ich beziehe den Platz des Himmlischen Friedens in Peking vor sechs Jahren mit ein) – mit denselben Werten, auf die wir uns seit jeher beziehen: Freiheit, Gerechtigkeit, freie Wahrheitssuche, Solidarität oder *liberté, égalité, fraternité*.

Aber ist unser heutiger Begriff der Freiheit mit der Revolution verbunden? Die Antwort lautet: nein. Diesen Begriff der Freiheit hatten die Menschen, die auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking von den Panzern niedergemetzelt wurden. Diesen Begriff von Freiheit hatten die Menschen in Dresden und Leipzig, von denen viele gestorben wären, hätte nicht Gorbatschow den DDR-Herrschern das Schießen untersagt.

Die Freiheit wird heute als das verstanden, was die Werbung zwanzigmal am Tag im Fernsehen so nennt: Tob' dich aus! Tu heute das Gegenteil von dem, was du gestern tatest! Den Anderen gibt es gar nicht! Das war ja die große Enttäuschung vieler der Besten im Osten, als sie entdeckten, wie wenig ernst wir unser Thema der Identifikation mit unseren Grundwerten in Wirklichkeit nehmen. Ich glaube, das ist etwas, das man sehen muß, wenn man zum Beispiel für die gerechte Behandlung von Zuwandernden plädiert. Man muß erst einmal mit ihnen sein, und das heißt: sich nicht nur auf sich selbst beziehen. Und der Freiheit die Definition geben, die die einzige wirkliche, ja der höchste Grad der Freiheit ist: die eigene Freiheit aktuell begrenzen, um etwas auf Dauer zu bewirken. Wenn Sie dauerhaft nichts bewirken wollen, verzichten Sie, anderen Ihre Identität zur Verfügung zu stellen. Sie sind dann nicht frei, sondern lediglich schwankender Willkür unterworfen.

Deswegen sage ich oft und heute abend hier erneut: Ich kann verstehen, daß man sich scheiden läßt. Ich kann auch einen Priester verstehen, der die Kirche verläßt. Ich kann einen militanten Parteigänger verstehen, der plötzlich seine Partei verläßt – freilich nur unter einer Voraussetzung: Es sollte nicht gesagt werden, daß das ein Ausüben der Freiheit ist! Es ist zuerst einmal das Eingeständnis des eigenen Scheiterns. Man hat versucht, sich auf Dauer zu engagieren, als Paar, in der Kirche, in einer Partei, und es ist nicht gelungen. Das ist durchaus menschlich, aber es ist ein Scheitern.

Ich glaube nicht, mich vom Thema der Identitäten zu entfernen, wenn ich im Sinne einer Moralvorstellung sage: Wir sollen natürlich intellektuell definieren, wo das Spiel mit den Identitäten seine Grenze finden muß – bei der Verachtung und der Herabsetzung von anderen. Ich denke dabei an ein schönes englisches Buch über Amerika: *How to scape skies*. Da gibt es ein Kapitel: *How to despise* – wie man verachtet. Der Autor erfindet die Kategorie des frisch eingewanderten jüdischen Mulatten und sieht niemanden, den der verachten könnte. Solche Verachtungen aufgrund von Zugehörigkeiten haben viel mit dem Problem der Identität zu tun. Die, die ihre Zugehörigkeit herausstellen, die Identität gleichsetzen mit *einer* Zugehörigkeit und die sich selbst keine eigene Identität aufgebaut haben, die nicht nur Summe aller Zugehörigkeiten ist, sondern ein Menschgewordensein – im Sinne des alten deutschen Erziehungsromans, mit

Wilhelm Meister angefangen –, und die sich darin kundgeben, daß sie morgen das Gegenteil von dem tun, was sie heute taten, die sind beide unfähig, in einer Bürgergesellschaft für eine vernünftige Auffassung von Identität einzutreten und zu kämpfen.

Das, was hier an diesem Institut getan wird – ich hoffe, Klaus Bade ist damit einverstanden –, ist ja nicht nur Wissenschaft. Es hat seinen ethischen Sinn in der deutschen und in der europäischen Gesellschaft. Sicher geht es darum, Wissen hervorzubringen und gesellschaftlich verfügbar zu machen. Es soll aber dazu dienen, das Schicksal der Menschen positiv, friedlich zu verändern, und zwar in dem Sinne, daß ein Mensch dem anderen gleich und die Würde aller Menschen die Grundlage unseres politischen Verhaltens sei. Es geht mithin um mehr als um Wissenschaftlichkeit allein.

Wir haben die vorgestellten Dissertationsthemen der Graduierten gehört. Sie sind zwar alle wissenschaftliche Themen; aber hinter ihnen steht zugleich auch eine große Frage an die Menschlichkeit. Es ist etwas, was die Universität zu oft ihren Studierenden im Namen einer Wissenschaftlichkeit versagt, die es in dieser reinen Form bei den Geistes- und Humanwissenschaften glücklicherweise gar nicht geben kann. Entweder ist das logische und klare Denken eine Hilfe für andere oder es ist gewissermaßen nur ein intellektuelles Spiel. Gerade heute geht es bei Ihnen wie bei uns darum, Abertausenden von Menschen zu helfen, von den Vorurteilen befreit zu werden, deren Opfer sie jeden Tag aufs Neue werden können, oder die neue Opfer zeitigen mögen.

(Von IMIS redigierter gesprochener Text)

Ziele, Leitperspektiven und Struktur

1. Ziele

Die Staaten des modernen Europa haben sich in ihrer Geschichte überwiegend nicht als Einwanderungsländer verstanden und keine entsprechenden Rechts-traditionen ausgebildet. Dennoch gab es im 20. Jahrhundert wie in früheren Epochen verschiedenste Formen der Einwanderung auf Dauer und der Zuwanderung auf Zeit, denen gegenüber sich unterschiedliche Verhaltensweisen und Regeln des Umgangs mit dem Problem- und Gestaltungsbereich Migration herausgebildet haben. Die Eingliederung vollzieht sich dabei meist nicht als zielgerichteter, sondern als uneinheitlicher Prozeß der Einbeziehung in die ökonomischen, politischen, rechtlichen und im weitesten Sinne lebensweltlichen Strukturen oder aber Teilzusammenhänge einer Gesellschaft.

Den Formen und dem Ausmaß von Einbeziehung bzw. Ausgrenzung sowie deren sozialstrukturellen Konsequenzen entsprechen Verarbeitungs- und Umgangsformen auf seiten von Einwanderern und Ansässigen, die diese sozialstrukturellen Differenzierungen verstärken, abschwächen oder gar aufheben. Solche Verarbeitungs- und Umgangsformen werden in der gesellschaftspolitischen Debatte um Migration und Eingliederung bezogen auf Einwanderer unter Stichwörtern wie »Anpassung«, »Akkulturation« bzw. »Isolation«, »Segregation« und, bezogen auf Ansässige, etwa als »Akzeptanz« und »Toleranz« bzw. als »Fremdenfeindlichkeit« und »Rassismus« thematisiert.

Im Graduiertenkolleg »Migration im modernen Europa« sollen unter Beteiligung von Lehrenden aus Geschichte, Pädagogik, Frauenforschung, Psychologie, Soziologie, Geographie und Rechtswissenschaften Wanderungsgeschehen und Wanderungsverhalten, Formen und Folgen der Einbeziehung bzw. Ausgrenzung sowie Traditionen, aktuelle Verhaltensweisen und Regeln des Umgangs mit Zu- und Einwanderern in ausgewählten europäischen Staaten vergleichend untersucht werden. Dabei geht es auch um die Erarbeitung von Grundlagen, auf die sich eine künftige europäische Politik der Regelung von

Zu- und Einwanderung vor dem Hintergrund der bisherigen Praxis wichtiger europäischer Staaten stützen kann.

Fragestellungen des Graduiertenkollegs betreffen historische, aktuelle und absehbare Entwicklungen und Probleme von Migration und Integration in einzelnen europäischen Regionen, Ländern und in Europa insgesamt. Diese Probleme müssen heute vor dem Hintergrund des europäischen Einigungsprozesses gesehen und – jenseits von besonderen, historisch bedingten Ausprägungen des Wanderungsgeschehens in einzelnen europäischen Staaten (z.B. Nordafrikaner in Frankreich, Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa in Deutschland) – mit europäischen Konzepten beantwortet werden.

Das gilt nicht nur für das Wanderungsgeschehen innerhalb des Binnenmarktes. Es gilt auch für die Ost-West-Wanderungen vor dem Hintergrund des wachsenden internationalen Entwicklungsgefälles, der diffundierenden Kräfte in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und anderer politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krisenherde in Ost- und Südosteuropa. Und es gilt ebenso für die Süd-Nord-Wanderungen angesichts der sich dramatisch zuspitzenden politischen, ökonomischen und ökologischen Krisenentwicklung in weiten Teilen der Dritten Welt, wenngleich die weltweiten Fluchtbewegungen Europa bislang erst zu ca. 5 Prozent erreichen.

Voraussetzung für eine Abstimmung europäischer Handlungsperspektiven ist die Ermittlung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Traditionen und Formen des Umgangs mit Zu- und Einwanderung. Deswegen ist das Kolleg unter besonderer Berücksichtigung interdisziplinärer Fragestellungen historisch-genetisch und zugleich empirisch-vergleichend konzipiert. Dabei sollen diese beiden methodischen Leitlinien im nationalen wie internationalen Kontext nach Möglichkeit ineinandergreifen.

Der *Untersuchungsraum* umfaßt die Staaten der Europäischen Gemeinschaft und ihre assoziierten Mitglieder unter Berücksichtigung auch von Staaten, deren Einbeziehung auf mittlere Sicht zu erwarten ist. Für die Frage nach kulturellen Lebensformen und interkulturellen Problemen im Eingliederungsprozeß sind aber auch Aspekte der Herkunftsländer der zugewanderten Bevölkerungen

zu berücksichtigen. Das gilt für die Frage nach den Wanderungsursachen, für europäische Konzepte zur Bekämpfung von Fluchtursachen in den Ausgangsräumen sowie für Ansätze zur Regionalisierung des weltweiten Wanderungsgeschehens.

Der *Untersuchungszeitraum* reicht vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Das späte 19. Jahrhundert markiert das Ende der klassischen transatlantischen Auswanderung aus Nord-, Mittel- und Westeuropa insbesondere in die Vereinigten Staaten als Massenbewegung und den Beginn der transatlantischen Massenauswanderung aus Ost-, Südost- und Südeuropa, die im gleichen Hauptzielland, den Vereinigten Staaten, ›New Immigration‹ genannt wurde. Aber nicht nur im Blick auf die Verlagerungen im transatlantischen Wanderungsgeschehen, sondern auch im Blick auf die Entwicklung von kontinentalen Arbeitswanderungen sowie von Zwangs- und Fluchtwanderungen zu Massenphänomenen markiert das späte 19. Jahrhundert eine klare Epochenzäsur im Wanderungsgeschehen.

Den meisten europäischen Ländern gemeinsam ist, bei allen Unterschieden im historischen Entwicklungsverlauf, seit dem späten 19. Jahrhundert der Weg von der überseeischen Auswanderung in die klassischen überseeischen Einwanderungsländer zu kontinentalen und interkontinentalen Zuwanderungen in der Gegenwart. Eine Ausnahme in doppelter Hinsicht bildet Frankreich, das jenseits der kolonialen Auswanderungen kein klassisches Auswanderungsland im transatlantischen Kontext war und umgekehrt als das klassische europäische Einwanderungsland bezeichnet werden kann.

2. Leitperspektiven

Wanderungen und Eingliederungsprozesse im modernen Europa können unter den verschiedensten Gesichtspunkten untersucht werden. Die neuere, stark interdisziplinäre Migrationsforschung zeigt dabei eine wachsende Differenzierung und Spezialisierung. Angesichts der aktuellen Entwicklungen erschien es uns sinnvoll, die Dissertationsprojekte des Graduiertenkollegs bei aller

notwendigen Spezialisierung unter drei miteinander zusammenhängende Leitperspektiven zu stellen:

Ethnizität – Stratifikation – kulturelle Lebensformen und Geschlechterverhältnisse.

2.1. Ethnizität

Noch bis in die Mitte der 1980er Jahre wurde in modernisierungstheoretischer Perspektive die Ethnisierung sozialer Verhältnisse als »überholte«, nur mehr historisch relevante Fragestellung betrachtet, die sich im Prozeß fortschreitender Modernisierung gewissermaßen von selbst erledigen werde. Seither haben gesellschaftliche und politische Entwicklungen auch im europäischen Raum dem Spannungsfeld Ethnizität eine neue, brisante Aktualität verschafft. In Ost- und Südosteuropa leben seit dem Zusammenbruch des Sozialismus ethnische Spannungen in gewaltsamen Konflikten auf. In den EG-Staaten ist, unterschiedlich ausgeprägt, eine deutliche Ethnisierung von Einwanderungs- und Eingliederungsverhältnissen zu beobachten. Beide Bezugfelder erfordern in historischer wie in aktuell vergleichender Perspektive eine neue Sichtung des Problemfeldes Ethnizität. Dabei sind Ethnizität (und Nationalität) als Ressourcen sozialer Formierung und Abgrenzung zu unterscheiden im Hinblick auf die rechtlichen, ökonomischen und politischen Zusammenhänge, unter denen der Rückgriff auf sie erfolgt.

Ethnische (und nationale) Formierungsprozesse unter postsozialistischen Bedingungen verweisen eher auf die historischen Zusammenhänge der Nationalstaatenbildung und -konflikte im Europa des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, deren Wiederaufnahme jetzt allerdings unter veränderten Konstellationen und im Verhältnis der ökonomischen Abhängigkeit aus einer Position der politischen Unterlegenheit gegenüber den westlichen Ländern erfolgt. Die Ethnisierung von Migrationsverhältnissen in den EG-Staaten ist demgegenüber zentral bezogen auf Fragen von Wohlstands- und Sozialsicherung unter Bedingungen dauerhafter Zuwanderungsprozesse vor dem Hintergrund eines massiven Entwicklungsgefälles zwischen Nord und Süd, West und Ost. So kommen

Ethnizität, Staatsbürgerschaft und die Diskussion politischer Partizipationsmöglichkeiten von Migranten hier wesentlich als Thematisierungs- und Regelungsformen der Frage der Einbeziehung in oder der Ausgrenzung aus den Systemen sozialer Sicherung ins Spiel.

Inter- und multikulturelle Programmatiken und Politiken, die je nach Land, Partei, Gruppe etc. favorisiert oder verworfen werden, machen Lebensformen von Migranten vorrangig in der Perspektive der ihnen unterstellten ethnischen Fundierung zum Thema. Zuwanderer selbst formieren sich als Minderheiten, klagen selbstethnisierend soziale Chancenteilhabe ein und wehren sich zum Teil zugleich gegen fremdethnisierende Diskriminierungen. Über diese allgemeine Bedeutung von Ethnizität als sozialer Formierungskategorie unter Bedingungen der Modernisierung hinaus, die in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen neue Aufmerksamkeit erfährt, verweist der Zusammenhang von Ethnizität und Wohlfahrtsstaat auf die Begründung von »Stratifikation« als weiterer Leitperspektive.

2.2. Stratifikation

Sozialen Differenzierungsprozessen in Gesellschaften entsprechen differenzierte, historisch sich wandelnde Verteilungen von sozialen Ressourcen und Positionen. Wo solche Verteilungen normativ zum Problem werden, da sie von präferierter Gleichheit abweichen, werden sie gesellschaftlich als Ungleichheit thematisiert. »Ungleichheit« meint dabei die Bündelung und wechselseitige Verstärkung einer Mehrzahl von Ungleichheiten. »Klassen« und »Schichten« waren lange allein die Leitkategorien der Beschreibung solcher Bündelungen, deren anspruchsvollere Varianten zugleich die sozialen Erzeugungszusammenhänge von »Ungleichheit« zu fassen suchten.

In der neueren Ungleichheitsforschung in den Sozialwissenschaften werden demgegenüber seit einiger Zeit »neue Ungleichheiten« diskutiert. Über die klassischen Ungleichheitsdimensionen (Einkommen, Bildung, Beruf) hinaus werden Arbeits- und Freizeitbedingungen, Wohn- und Umweltbedingungen, soziale Sicherheit, Arbeitsplatzsicherheit, politische, rechtliche und soziale Diskriminierung als neue relevante Dimensionen genannt. Es wird dabei verwiesen

auf die sog. horizontale Verteilung nach Kriterien wie Geschlecht, Religion, Familienverhältnisse, Lebensalter und Alterskohorte. Ebenso wichtig als Stratifikationsmerkmale sind Ethnizität und Staatsangehörigkeit.

Im Graduiertenkolleg wird in der historischen wie gegenwartsbezogenen Untersuchung von Detailfragen auch immer wieder zu klären sein, inwieweit einerseits die Eingliederung von Zuwanderern in die rechtlichen, ökonomischen, politischen, erzieherischen bzw. berufsbildenden Teilsysteme und andererseits Formen der Auseinandersetzung bzw. des Umgangs mit Migration Bündelungen von Nachteilen oder auch Vorteilen zur Folge haben, die Zuwanderer als Gruppen benachteiligen (oder bevorteilen) und als solche in ihrer sozialstrukturellen Position entlang den angesprochenen Dimensionen beschreibbar machen. Dabei wird ebenfalls zu fragen sein, welche Rolle Selbst- und Fremdzuschreibung von Ethnizität bei der Entstehung und Legitimation sozialer Ungleichheit spielt.

In der Leitperspektive »Stratifikation« geht es also darum, die sozialstrukturellen Folgen von Migration und Eingliederung im Blick zu halten, da die sozialstrukturelle Plazierung der verschiedenen Zuwanderergruppen wie auch der ansässigen Bevölkerung in ihrem Verhältnis zueinander als wesentliche Bedingung der jeweiligen Lebensformen und des sozialen Umgangs miteinander aufzufassen sind; denn der sozialstrukturellen Plazierung liegen unterschiedliche Zugangschancen sozialer Gruppen zu verfügbaren gesellschaftlichen Ressourcen in Konkurrenz zu anderen Gruppen zugrunde. Solche Konkurrenzverhältnisse sind ein zentraler Bezugspunkt der jeweiligen sozialen Praxis.

Umgekehrt sind Lebensformen weder durch die sozialstrukturelle Plazierung noch durch die Formen der Eingliederung in die jeweiligen Teilsysteme allein vorgegeben. Diese Lebensformen sind vielmehr jeweils als kulturell vermittelt zu verstehen. Für den hier vertretenen Ansatz der Migrationsforschung, die Eingliederungsprozesse auch im Blick auf die sozialkulturellen Verarbeitungsformen der Folgen von Migration untersucht, ergibt sich die dritte Leitperspektive.

2.3. Kulturelle Lebensformen und Geschlechterverhältnisse

Einzelne und soziale Gruppen gestalten im Eingliederungsprozeß ihre jeweilige Lebenspraxis, indem sie auf biographisch verfügbare, teils mitgebrachte, teils vorgefundene kulturelle Lebensformen zurückgreifen. Diese Lebensformen aber unterliegen von Beginn an selbst einem Wandel im Eingliederungsprozeß. Die Spezifik soziokulturellen Handelns im Eingliederungsprozeß liegt darin, zugleich sozialen Anschluß und sozialen Wandel zu ermöglichen. Die Analyse der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Folgen von Migration für Zuwanderer und ansässige Bevölkerung erfordert daher ein Verständnis der jeweiligen kulturellen Lebenspraxis. Dies impliziert auch eine Berücksichtigung der kulturellen Herkunftskontexte der Migranten.

Kulturelle (rechtliche, religiöse, familiäre, erzieherische etc.) Traditionen der Herkunfts- und Aufnahmegesellschaften sind als Repertoires aufzufassen, die in Migrantenkulturen produktiv kombiniert werden als Möglichkeiten der Handhabung der jeweils gültigen ökonomischen, politischen, rechtlichen, erzieherischen bzw. berufsbildenden Lebensbedingungen. Im Kontext der EG-Länder sind dabei unter Bedingungen wachsender sozialer Differenzierungsprozesse insbesondere familiäre und Geschlechterverhältnisse in den Blick zu rücken. Denn Wanderung selbst sowie die zeithistorischen Modernisierungsschübe der Aufnahmegesellschaften (diskutiert etwa unter dem Stichwort »Individualisierung«) setzen familiäre Verhältnisse wie auch allgemein Geschlechterkategorien und die darin gebundenen institutionalisierten Erwartungen für Migranten und für Ansässige in unterschiedlichem Maße unter Wandlungsdruck. Einen Schwerpunkt des Graduiertenkollegs bildet daher auch die Untersuchung von Geschlechterverhältnissen in der Begegnung von Migranten und Ansässigen im Eingliederungsprozeß.

Mit den genannten drei Leitperspektiven soll der theoretische Orientierungsrahmen skizziert werden, in dem sich die einzelnen Dissertationsprojekte verorten sollen. Dabei müssen und können zwar nicht jeweils alle angesprochenen Aspekte Berücksichtigung finden. Es wird aber als gemeinsame Aufgabe des Kollegs verstanden, für ein Reflexionsniveau Sorge zu tragen, das es ermög-

licht, die Einzeluntersuchungen bei aller notwendigen Spezifizierung in die übergreifenden theoretischen Rahmenbezüge einzubinden.

3. Forschungsfelder

Die Forschungsfelder werden nach drei Bereichen differenziert: *Migration – Eingliederung – Gestaltung*.

Migration

Unter Migration wird der Prozeß der Ablösung aus der Herkunftsgesellschaft und der Bewegung in die Aufnahmegesellschaft verstanden. Es geht dabei unter historisch-genetischen wie gegenwartsbezogen-empirischen und nach Möglichkeit vergleichenden Fragestellungen um die Migrationsbewegungen nach Europa seit dem Ende des 19. Jahrhunderts im Blick auf Wanderungsgeschehen und Wanderungsverhalten, Ursachen, Erscheinungs- und Verlaufsformen, Begleitumstände, Entwicklungsbedingungen und Folgeerscheinungen.

Eingliederung

Unter Eingliederung verstanden werden Formen und Ausmaß der Einbeziehung in gesellschaftliche Teilsysteme, um die entsprechenden Auseinandersetzungs- und Umgangsformen sowie um das Verhältnis zwischen Zuwanderern und ansässiger Bevölkerung in Geschichte und Gegenwart. Unter international vergleichender Perspektive geht es um die verschiedenen Traditionen und Bedingungen der Eingliederung in die jeweiligen Gesellschaften.

Gestaltung

Forschungsarbeiten in diesem Bereich gelten den Bedingungen, Chancen und Grenzen von Versuchen zur Steuerung und Beeinflussung von Migration und ihren Folgen in Geschichte und Gegenwart. Dabei geht es auch um die politisch-normative Beeinflußbarkeit von ökonomischen, politischen, rechtlichen, kulturellen u.a. Konstellationen, die mit dem Wanderungsgeschehen verbunden sind.

4. Struktur

Phänomene, Begleitumstände und Folgeprobleme der Migration umfassen Forschungsfragen, die (wie Geburt, Heirat und Tod) im Grunde alle Humanwissenschaften berühren. Dabei sind die am Graduiertenkolleg beteiligten Fächer dem interdisziplinären Kernbereich der Migrationsforschung zuzurechnen: Historische und empirisch-sozialwissenschaftliche, interkulturell vergleichende, psychologische und pädagogische, demographische und geographische, wirtschafts- und rechtswissenschaftliche Ansätze und Fragestellungen sind vertreten.

Zur Bearbeitung dieser interdisziplinären Fragestellungen im Problemfeld von Migration, Eingliederung und Gestaltung im europäischen Vergleich sind an der Universität Osnabrück gute Voraussetzungen gegeben: Aus einem seit längerer Zeit kooperierenden »Arbeitskreis Migrationsforschung und Interkulturelle Studien« ging hier im Sommer 1991 das in Deutschland erste interdisziplinäre und zugleich interfakultative reguläre Universitätsinstitut auf diesem Gebiet hervor. Das »Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien« (IMIS) vereint derzeit zehn Wissenschaftler aus vier Fachbereichen und zusätzlich Fellows aus verschiedenen Fachgebieten und einschlägigen Forschungsrichtungen im In- und Ausland. Das Institut kooperiert über den Kern seiner Mitglieder und Fellows hinaus noch mit anderen, auf verwandten Forschungsfeldern arbeitenden Wissenschaftlern an der Universität Osnabrück und an zahlreichen anderen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen des In- und Auslandes.

Die Schwerpunkte der gemeinsamen Forschungsarbeiten umfassen: Wandlungsgeschehen und -verhalten, insbesondere unter den Perspektiven von Geschichte, Soziologie, Sozial- und Wirtschaftsgeographie sowie Begleiterscheinungen und Folgen der Migration, insbesondere unter den Perspektiven von Psychologie, Rechtswissenschaften, Interkultureller Pädagogik und Frauenforschung.

Die Stipendiaten und ihre Themen

Andreas Demuth: Die Lage der russischsprachigen Minderheiten in Estland und Lettland. Eine komparative Analyse.

Stamatia-Despina Devetzi: Der Einfluß der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zur sozialen Sicherung der Wanderarbeitnehmer auf das Recht der Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien und Italien.

Ute Koch: Zur Frage von Integration und Persistenz sogenannter ›de facto-Staatenloser‹ – Serbische Roma in der Bundesrepublik.

Enver Muti: Ethnische Differenzierung der türkischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland – Ein Beitrag zur Förderung der Integration.

Martina Nebel: Die Integration von schwarzafrikanischen Akademikern in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland: Eine vergleichende Studie.

Andreas Pott: Jugend und Ethnizität in der europäischen Großstadt.

Kathrin Prümm: Was bedeutet die Einbürgerung für Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten?

Ulrich Maria Rüsing: Migration aus Zentralasien nach Deutschland und in die russische Föderation: Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen.

Thomas Scheffer: Migration und Aufenthalt als bürokratische Konstruktion.

Gaby Straßburger: Identität und Partnerwahl junger Türkinnen und Türken in Deutschland – eine praxeologische Migrationsstudie.

Steffen Unverfehrt: Die Ambivalenz der Migrationsoption für die deutschen Juden zwischen 1933 und 1941.

Cordula Weißköppel: Weibliche Adoleszenz im Kontext von Migration und kulturellem Wandel.

Die Lehrenden am Graduiertenkolleg

Sprecher des Graduiertenkollegs: Prof. Dr. Eberhard Eichenhofer

Stellvertretende Sprecherin: Hochschuldoz. Dr. Leonie Herwartz-Emden

Mitglieder:

Prof. Dr. Klaus J. Bade

Geschichtswissenschaften: Neueste Geschichte

Prof. Dr. Eberhard Eichenhofer

Rechtswissenschaften: Sozialrecht

Prof. Dr. Peter Graf

Erziehungswissenschaft: Interkulturelle Pädagogik

Prof. Dr. Siegfried Greif

Psychologie: Arbeits- und Organisationspsychologie

Hochschuldoz. Dr. Leonie Herwartz-Emden

Allgemeine Pädagogik / Frauenforschung

Prof. Dr. György Széll

Soziologie: Berufs- und Praxisfeldforschung

Prof. Dr. Albrecht Weber

Rechtswissenschaften: Öffentliches Recht

Prof. Dr. Hans-Joachim Wenzel

Geographie: Sozialgeographie

Kooptierte Mitglieder:

Dr. Michael Bommes

Soziologie / Soziolinguistik

Priv. Doz. Dr. Klaus Manfrass, Deutsches Historisches Institut, Paris

Politikwissenschaft / Neueste Geschichte

Dr. Peter Marschalck

Demographie / Sozialgeschichte

Prof. Dr. Max Matter, Universität Frankfurt

Europäische Ethnologie / Kulturanthropologie

Prof. Dr. Rainer Münz, Humboldt-Universität zu Berlin

Soziologie / Demographie